

Stand: 07.02.2026 20:26:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18467

"Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern: Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18467 vom 11.10.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20341 des SO vom 24.01.2018
4. Beschluss des Plenums 17/20673 vom 07.02.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 07.02.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Susann Biedefeld** und Fraktion (SPD)

Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern: Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen deutlich zu verstärken, um auf eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben in Bayern hinzuwirken.

Dabei berücksichtigt sie die Empfehlungen der Sachverständigen in diesem Bereich, wie sie zuletzt auch im Rahmen des Fachgesprächs „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration vom 29.09.2017 formuliert wurden.

Diese betreffen v. a. drei Handlungsfelder:

- a) die Schaffung guter und sicherer Arbeitsbedingungen, um Familien bzw. Paaren mit Kinderwunsch eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen;
- b) die Etablierung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle;
- c) den bedarfsgerechten Ausbau familienunterstützender Angebote.

In diesem Sinne ergreift die Staatsregierung insbesondere folgende Maßnahmen bzw. setzt sich auf Bundesebene dafür ein:

- Einführung eines gesetzlichen Rückkehrrechts von befristeter Teilzeit in Vollzeit;
- Abschaffung von Arbeitsverhältnissen mit sachgrundloser Befristung;
- Stärkung des Arbeitszeitschutzes inklusive „Recht auf Nichterreichbarkeit“;
- Einführung einer staatlich geförderten Familienarbeitszeit mit Lohnersatzleistungen für verschiedene Arten der Sorgearbeit;

- Ausweitung der Möglichkeiten zur Teilzeitberufsausbildung, v. a. im öffentlichen Dienst;
- Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur im Kinderbetreuungs- und Pflegebereich;
- bedarfsgerechter Ausbau von Beratungsangeboten für Familien, u. a. für pflegende Angehörige und Alleinerziehende.

Begründung:

Der Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben ist im Alltag vieler Familien allgegenwärtig. Doch unsichere Arbeitsbedingungen, familienunfreundliche Arbeitszeitmodelle sowie unzureichende Angebote im Kita-, Pflege- und Beratungsbereich erschweren es Familien, die verschiedenen Lebensbereiche (Berufsleben, Pflege von Angehörigen, Kindererziehung, Weiterbildung, gesellschaftliches Engagement, Freizeitgestaltung etc.) so miteinander zu vereinbaren, wie es ihren Wünschen und Bedarfen entsprechen würde. Derlei Defizite werden sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch von Seiten der Fachexpertinnen und -experten bzw. -verbände in diesem Bereich benannt.

Laut dem aktuellen Vierten Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern stimmt nur etwa jede bzw. jeder vierte Befragte der Aussage zu, Beruf und Familie ließen sich für ihn bzw. sie gut miteinander vereinbaren. Bei Erwerbstätigen mit drei oder mehr Kindern sind es sogar nur 21,3 Prozent. In dieser Gruppe sagen zudem etwa zwei Drittel der Befragten, Beruf und Familie ließen sich nur „mit Energie und Geschick“ vereinbaren, für 7,0 Prozent lassen sie sich sogar „kaum oder gar nicht“ vereinbaren.

Ähnlich äußerte sich zuletzt auch die Mehrzahl der anwesenden Sachverständigen im Rahmen eines Fachgesprächs, das der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration am 28.09.2017 im Landtag durchführte. Vertreterinnen und Vertreter u. a. des Katholischen Deutschen Frauenbunds, des Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (jeweils Landesverband Bayern) forderten die Staatsregierung auf, ihre Anstrengungen in diesem Bereich deutlich zu verstärken. Fatalerweise mangle es aber – so der DGB Bayern – noch immer „an politischem Willen, flächendeckend und nachhaltig die Voraussetzungen für einen wirklichen Paradigmenwechsel in der Familien- und Vereinbarkeitspolitik zu schaffen“.

Die von Expertenseite vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich grob gesagt in drei Bereiche gliedern, die eng miteinander zusammenhängen:

1. Gute und sichere Arbeitsbedingungen, die Familien bzw. Paaren mit Kinderwunsch eine bessere Planbarkeit ermöglichen: Einführung eines gesetzlichen Rückkehrrechts von befristeter Teilzeit in Vollzeit; Abschaffung von Arbeitsverhältnissen mit sachgrundloser Befristung.
2. Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle: Stärkung des Arbeitszeitschutzes inklusive „Recht auf Nichterreichbarkeit“; Einführung einer staatlich geförderten Familienarbeitszeit mit Lohnersatzleistungen für verschiedene Arten der Sorgearbeit;

Ausweitung der Möglichkeiten zur Teilzeitberufsausbildung, v. a. im öffentlichen Dienst.

3. Bedarfsgerechter Ausbau familienunterstützender Angebote: Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur im Kinderbetreuungs- und Pflegebereich; bedarfsgerechter Ausbau von Beratungsangeboten für Familien, u. a. für pflegende Angehörige und Alleinerziehende.

Sämtliche hier aufgelisteten Punkte wurden auch von Verbandsseite mehrfach deutlich formuliert, u. a. im Rahmen des genannten Fachgesprächs. Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, diese Forderungen ernst zu nehmen und zügig entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Meine Damen und Herren, ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Unruhe – Glocke des Präsidenten

Während das Ergebnis ermittelt wird, gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen von vorhin bekannt. Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rückstände von Fipronil in Lebensmitteln offenlegen", Drucksache 17/18465, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 77 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verbraucherschutz ernst nehmen und Transparenz herstellen: Kontrollen auf Fipronil in bayerischen Legehennenbetrieben und bei verarbeiteten Produkten aus Bayern", Drucksache 17/18483, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18467 mit 17/18472 sowie 17/18486 mit 17/18491 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Bio in Schulen: Bio-Anteil in allen bayerischen Schulen mindestens 20 Prozent bis 2020 und mindestens 50 Prozent bis 2025
(Drs. 17/16349)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Bio in Bayerns Schulen. Nach dem Ernährungsreport 2017 wünschen sich 90 % der Deutschen verbindliche Essensstandards in Kitas und Schulen. Beim Modellprojekt Schulfroststück

entschieden sich 43 % der Schulen in Bayern für Bio-Produkte.

Jetzt folgt ein Zitat:

Gutes Essen in der Schule trägt nicht nur zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen bei. Es prägt die Esskultur, die Wertschätzung für Lebensmittel und das Ernährungsverhalten. ...

Gerade angesichts der Besorgnis erregenden Zahl ernährungsbedingter Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen kommt der Schule in diesem Bereich eine besondere Vorbildfunktion zu.

Woher stammt das Zitat? – Es könnte von uns sein. Das Zitat stammt aus der Broschüre "Mit gutem Essen Schule machen". Das ist eine wunderbare Hochglanzbroschüre aus dem Hause Brunner. Wenn diese schönen Worte ernst gemeint wären, dann würden wir an den Schulen eine andere Situation vorfinden; dann gäbe es mehr als nur lauwarme Empfehlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Broschüre spricht uns wirklich aus dem Herzen.

Jetzt folgen noch weitere Zitate:

Von einer nachhaltigen Landwirtschaft profitieren alle: Klima, Böden, Gewässer, Pflanzen, Tiere und Menschen. Nachhaltige Verpflegung stärkt die heimische Ernährungs- und Landwirtschaft. Sie schließt die Aspekte regional, saisonal, ökologisch, Fairtrade und Tierwohl ein. ...

Bio-Produkte gehören dazu.

Bio-Zertifizierung und Bio-Siegel stehen für nachweislich ökologische Pflanzen- und Tierproduktion. Sie garantieren, dass der europäische Mindeststandard für ökologische Produktion erfüllt ist oder sogar übertroffen wird. In jede Schulküche gehören auch Bio-Lebensmittel, idealerweise aus der Region.

Unser Ansatz ist aber noch viel wichtiger. Empfehlungen und warme Worte allein genügen nicht. Auch Modellversuche reichen nicht aus. Wir als Gesetzgeber sind gefragt, um eine gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Mitglieder der CSU-Fraktion, hört einmal gut zu, das mag neu für euch sein: Man braucht auch klar definierte Ziele. Deshalb gibt es unseren Antrag. Wir schlagen darin vier Maßnahmen vor:



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend,
Familie und Integration**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Doris Rauscher,
Ilona Deckwerth u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/18467

**Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie
und Beruf in Bayern: Empfehlungen der Sachver-
ständigen ernst nehmen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterlän-
der**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 30. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 67. Sitzung am 23. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/18467, 17/20341

Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern: Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 2** mit Ausnahme der gerade eben genannten Nummer 13 der Anlage, über die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Ablauf der 15 Minuten Wartezeit abzustimmen ist.

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien hat bei der Listennummer 13, Antrag auf Drucksache 17/18357, die Ablehnung empfohlen. Das wollte ich Ihnen nur noch kurz mitteilen, bevor wir zu dieser Abstimmung kommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann hat sich das erübrigt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2017 (Vf. 16-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
 2. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist
- PII/G1310.17-0015
Drs. 17/20543 (G)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

☒

☐

☐

☐

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2018 (Vf. 21-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 1 Nr. 1 und § 2 der Verordnung der Stadt Passau über die Sperrung der Marienbrücke an Silvester vom 27. November 2017 (Amtsblatt der Stadt Passau Nr. 33 S. 250)
PII/G1310.17-0017
Drs. 17/20546 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Januar 2018 (Vf. 1-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (GVBl. 2011 S. 258, 404; 2012 S. 18, BayRS 2251-17-S), der zuletzt durch Art. 4 des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge vom 3. Dezember 2015 (GVBl. 2016 S. 52) geändert worden ist
PII/G1310.18-0001
Drs. 17/20542 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 30. November 2017 (2 BvR 1866/17) betreffend Verfassungsbeschwerde
1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 26. Juli 2017 – 1 Ws 280/17 –,
 - b) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 7. Juni 2017 – 5 Ks 102 Js 1478/15 –,
 - c) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 16. März 2017 – 5 Ks 102 Js 1478/15 –
 2. mittelbar gegen Art. 6 Abs. 3, 4, 5 und 6 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung – BayMRVG –
PII/G1320.17-0002
Drs. 17/20545 (G)

I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.

II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 20. Dezember 2017 (1 BvR 1187/17) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB. 2 M-V S. 258)
PII/G1320.17-0003
Drs. 17/20547 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Faire Unterkunftsgebühren für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
Drs. 17/17272, 17/20336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung II –
Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten fortsetzen
Drs. 17/17308, 17/20337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kita-Leitungen entlasten – Mehr Zeit für eine professionelle Führung und Leitung
Drs. 17/17309, 17/20338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung I – Zweckentfremdung der Bundesmittel nach dem Wegfall des Betreuungsgelds beenden!
Drs. 17/17310, 17/20339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Judith Gerlach, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU
Kriseninterventionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen
Drs. 17/17661, 17/20340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilzeitausbildung endlich voranbringen I
Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern
Drs. 17/17768, 17/20418 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u. a. CSU
Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister!
Drs. 17/17863, 17/20461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
Sonderprogramm Premiumoffensive Tourismus für kleine Betriebe ab 5 Betten öffnen
Drs. 17/18357, 17/20455 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
Zuschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/18365, 17/20419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
„Platooning für Forschungsoffensive“
Drs. 17/18444, 17/20456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern:
Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!
Drs. 17/18467, 17/20341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD)
Weiterbildungsprogramm Digitalisierung
Drs. 17/18474, 17/20457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!
Drs. 17/18486, 17/20342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
Drs. 17/18487, 17/20343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganser u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlässliche Informationssysteme über Autobahn-Bauvorhaben etablieren
Drs. 17/18494, 17/20458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Virtuelles Experimentieren im MINT-Unterricht stärken
Drs. 17/18496, 17/20374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,
Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Beste Qualität für die Jüngsten III – Geregelte Leitungsfreistellung in
Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern
Drs. 17/18552, 17/20344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner,
Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Für eine familiengerechte Arbeitswelt in Bayern
Drs. 17/18580, 17/20345 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierte Bildung stärken: Anerkennungsmöglichkeiten für freiwillige
Schülerpraktika schaffen und Bildungsregionen beim Aufbau von
Praktikumsdatenbanken unterstützen
Drs. 17/18591, 17/20375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
Kohäsions- und Förderungspolitik der EU ab 2020
hier: Bayern – Sachsen / Thüringen – Böhmen
Drs. 17/18683, 17/20459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Bildungsverantwortung ernst nehmen –
Kommunen endlich bei der Finanzierung städtischer Schulen entlasten!
Drs. 17/18713, 17/20376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen –
einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen
Drs. 17/18735, 17/20485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Ausreichende Finanzierung für palliativmedizinische Konsildienste gewährleisten
Drs. 17/18816, 17/20371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuervermeidung durch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer unterbinden
Drs. 17/18867, 17/20499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
Integration braucht Verlässlichkeit:
Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) dringend nachbessern!
Drs. 17/18868, 17/20346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!
Drs. 17/18871, 17/20409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitnahes Monitoring der Energiesituation in Bayern
Drs. 17/18890, 17/20460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein lernfreundliches Klima an Bayerns Grundschulen –
Zusatzpersonal für Klassen mit Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten
Drs. 17/18892, 17/20377 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verpflichtendes Endoprothesenregister – Patienten schützen
Drs. 17/18893, 17/20373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Auswertung von Datenträgern durch Private im Rahmen von Ermittlungsverfahren
Drs. 17/19008, 17/20383 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleiche Regeln für alle – auch beim Blutspenden
Drs. 17/19080, 17/20453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Belastung von Blutproben mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen im Landkreis Altötting
Drs. 17/19083, 17/20379 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierung stärken: Betriebspraktikum an allen weiterführenden Schularten fest etablieren!
Drs. 17/19099, 17/20378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Perfluorierte Tenside in Blutplasmaanalysen
Drs. 17/19202, 17/20380 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Klaus Adelt u. a. SPD
Giftige Chemie in Trinkwasser und Blut:
Wie werden die Menschen im Landkreis Altötting geschützt und informiert?
Drs. 17/19216, 17/20381 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPD
Im Alter länger zuhause leben –
kein Verschiebebahnhof in der geriatrischen Reha!
Drs. 17/19230, 17/20452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)
Nebenerwerbsbetriebe in Bayern weiterhin fördern
Drs. 17/19243, 17/20408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Den Zu- und Nebenerwerb bei der Gemeinsamen Agrarpolitik
nicht im Stich lassen
Drs. 17/19262, 17/20411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zu- und Nebenerwerb erhalten
Drs. 17/19263, 17/20410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. CSU
Weiterer Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern
Drs. 17/19278, 17/20454 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Annette Karl, Inge Aures u. a. SPD
Brexit-Beauftragten für Bayern ernennen!
Drs. 17/19297, 17/20462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen!
Drs. 17/19754, 17/20305

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Ruth Waldmann u. a. und Fraktion (SPD)
Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern
Drs. 17/18901, 17/20372 (Z)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGescho

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>